

Nigeria

Protest aus Übersee

Zum erstenmal mobilisieren einflußreiche Afroamerikaner die US-Öffentlichkeit gegen ein schwarzafrikanisches Regime. Die Organisation TransAfrica, die einst die Boykottbewegung gegen den Apartheidstaat Südafrika angeführt hatte, will nun „mit gleicher Beharrlichkeit die nigerianische Regierung bekämpfen“. In Zeitungsanzeigen und auf Demonstrationen sollen die Menschenrechtsverletzungen in Afrikas volkreichstem Staat angeprangert werden. Prominente wie der Bürgerrechtsführer Jesse Jackson, die Schriftstellerin Alice Walker und



Obasanjo

der ehemalige Boxweltmeister Sugar Ray Leonard unterstützen TransAfricas Kampagne gegen die Militärdiktatur von General Sani Abacha. Der nigerianische Juntachef hält Moshood Abiola, den Gewinner demokratischer Wahlen vom Juni 1993, gefangen und verfolgt Politiker und Gewerkschafter, die eine Zivilregierung fordern. Abachas jüngster Coup: In der vergangenen Woche ließ er den vom Kopenhagener Weltsozialgipfel heimgekehrten ehemaligen Präsidenten Olusegun Obasanjo, 60, verhaften. General a. D. Obasanjo unterstützt die Demokratiebewegung.



General Delic

Balkan

Offensive im Frühjahr?

Bosnische Moslem-Generale wollen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zum Balkankonflikt ausweiten. Armee-Oberbefehlshaber General Rasim Delic rechnet damit, daß nach dem Auslaufen des jüngsten Waffenstillstands im Frühjahr an allen Frontabschnitten neue Kämpfe ausbrechen werden. Zwar könne niemand vorhersagen, welche Dimensionen der neue Feldzug gegen die serbischen Aggressoren an-

nehmen werde, doch ein Übergreifen des Konflikts auf das Kosovo oder Mazedonien sei nicht mehr auszuschließen. „Als Soldat würde ich mir das wünschen“, sagt Delic. „Für die Serben wäre dann die Front zu groß, um sie zu halten und gleichzeitig neue Waffen und Truppen in Stellung zu bringen.“ Warnungen von Außenministern der Internationalen Kontaktgruppe an die Regierung in Sarajevo, sich nicht vom Opfer zum Kriegstreiber zu wandeln, verhallen ungehört. Nach fast drei Jahren serbischer Eroberungen haben die bosnischen Führer lernen

müssen, daß allein die auf dem Schlachtfeld geschaffenen Tatsachen zählen. Da Westeuropa weiterhin jede militärische Intervention verweigert und Serbien stillschweigend als Ordnungsmacht auf dem Balkan akzeptiert, setzen die bosnischen Generale ihre Hoffnung auf die islamischen Staaten der Region. Sollte der Krieg die albanisch-moslemischen Siedlungsgebiete im Kosovo und in Mazedonien verwüsten, so das Kalkül, würde Albanien zu Hilfe eilen und schließlich auch die Türkei eingreifen. Serbien wäre dann von Gegnern umzingelt.

Großbritannien

Heilsame Wahlschluppe

Neuer Aufruhr bei den Tories: Für die zerstrittenen Konservativen, beim Volk unbeliebt wie keine andere Regierungspartei in diesem Jahrhundert, wäre eine Niederlage bei den nächsten Unterhauswahlen „heilsam und wünschenswert“. Dies erhofft ausgerechnet der enge Vertraute der ehemaligen Premierministerin Margaret Thatcher und einstige Parteischatzmeister Lord McAl-



Lord McAlpine

pine, 52. Nur in der Opposition, rechnete der streitbare Adelige mit seiner Parteiführung ab, können sich die seit 1979 regierenden Konservativen wieder erneuern: „Bei uns muß mit einer harten Bürste geschrubbt werden.“ Der einflußreiche Tory beschuldigt den glücklosen Premier John Major („Persönlich habe ich nichts gegen den Typen“), die Konservativen „in die Scheiße geritten“ zu haben.

Iran

Staat hilft Seeräubern

Iranische Piraten bedrohen den Schiffsverkehr im Persischen Golf. Unter dem Vorwand, einen Bruch des Uno-Embargos gegen Saddam Husseins Irak zu vereiteln, kapern bewaffnete Banden Frachtschiffe aus den arabischen Emiraten, vor allem im nordwestlichen Golfraum sowie in der Umgebung der vom Iran beanspruchten Inseln Abu Mussa, Großer Tunb und Kleiner Tunb. Die Freibeuter, die unter den

Augen der iranischen Küstenwache bislang vor allem langsam fahrende Lastensegler (Daus) aufbrachten, entführen neuerdings auch größere Schiffe. So wurden



Frachter in die iranischen Häfen Bandar Abbas und Bandar Chomeini abgeschleppt. Dort halten die Behörden die vorwiegend aus Indern und Pakistanern bestehenden Besatzungen wegen „unerlaubter Einreise“ in Untersuchungshaft.